



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/116

Hannover, 16. September 1949

Adenauers Achillesfersen

=====

(sp) Dr. Adenauer ist Bundeskanzler. Für vier Jahre (im Normalfall) wird sein Kabinett die Regierungsgeschäfte führen. Als erste gesamtdeutsche Regierung im westdeutschen Bereich steht sie vor der Aufgabe, die Integration des staatlichen Lebens auf den Bund durchzusetzen und durch straffe, zentrale Reorganisation des Staates die Einheit Deutschlands vorzubereiten.

Wird sie diese Aufgabe erfüllen? Das steht dahin. Der organisatorische und personell-politische Ausgangspunkt der Kabinettsbildung scheint hierfür nicht günstig zu sein.

In letzter Stunde ist die Zahl der geplanten Ministerien im Koalitionskabinett Adenauer auf 13 gestiegen. Eine böse Zahl. Nicht weil es gerade 13 sind, sondern weil die acht oder neun für wichtig, unerlässlich und genügend befundenen Ressorts durch fünf weitere geschwächt werden sollen. Denn jedes Ministerium, dessen Geschäftsbereich aus einem zusammenhängenden Komplex von Aufgaben ausgegliedert wird, ist eine Schwächung der zweckmässigen, sparsamen und optimal arbeitsfähigen Spitzenorganisation des Staates.

Die Tatsache der Schwächung ist den leitenden Politikern der Regierungsparteien sehr wohl bekannt. Wenn sie trotzdem den straffen Plan der Kabinettsorganisation aufgeben und hierdurch eine unnötige, ja wegen der möglichen Kompetenzkonflikte schädliche Ausweitung des Kreises der Ministerien ernsthaft erwägen, müssen besondere Umstände sie dazu zwingen.

Je mehr Minister eine Koalitionsregierung hat, umso schwieriger ist es für sie, eine Konzeption zu finden. Je grösser die Zahl der verschiedenen, oft gegensätzl. Elemente, umso geringer ist die Aussicht für diese klare Konzeption. Typisches Beispiel für die innerlich disharmonische und unhomogene Regierungskoalition sind die Kabinette der dritten französischen Republik oder das erste Nachkriegskabinett der Nationalen Front in der Tschechoslowakei.

16. September 1949

Dr. Konrad Adenauers Wahlsieg erweist sich immer stärker als ein Pyrrhus-Sieg. Der Zwang, eine parlamentarische Mehrheit zu finden, macht die Aufnahme von Hilfsparteien notwendig. Adenauers Hilfsparteien (FDP und Deutsche Partei) knüpfen an ihre Unterstützung sehr konkrete und ausgedehnte Wünsche nicht nur für das Regierungsprogramm, sondern auch für die Besetzung der entscheidenden Regierungspositionen. Sie wünschen innerhalb der Regierung Kommandostellen, deren Bedeutung für die Leitung des Staates viel höher ist, als die Bedeutung der Unterstützungsparteien im Volk neben der CDU/CSU. Einzu kommen, dass die CDU/CSU selbst keine geschlossene Partei mit einem Ziel, einer politischen Konzeption und einer Organisation ist, sondern eine Vielheit politischer Interessengruppen, die nur durch die Gemeinsamkeit des Wunsches, die christliche Weltanschauung zum ersten Leitsatz der Politik zu machen und eine Front gegen die sozialistische Volksbewegung zu schliessen, zusammengehalten werden. Die Notwendigkeit, bei der Besetzung der Ministerien Rücksicht auf das erforderliche Gleichgewicht zwischen Protestanten und Katholiken, zwischen Föderalisten und Unitariern, zwischen SSW- und Norddeutschen, Kleinbürgern und Vertretern kapitalmächtiger Industrie- und Handelskreise, schliesslich auf die christliche Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaftsvertreter zu nehmen, führt zu einem personalpolitischen Dilemma, das hinter der Zwangslage der prinzipiellen politischen Gegensätze in der Union nicht zurücksteht.

Die Ausweitung des Kabinetts soll den Exponenten der einzelnen politischen Gruppen die dringend gewünschte, aber vom Staatspolitischen her unerwünschte, ja gefährliche Hebelstellung in der Verantwortung geben. Man könnte meinen, die Einbeziehung aller Kräfte, die zur Koalition stossen wollen, biete eine Chance fruchtbarer, ausgeglichener Regierungspolitik. Das ist nicht der Fall. Denn wie sollten sich die Führer der CDU-Arbeiterschaft (soweit diese überhaupt noch formiert und in der Lage ist, Einfluss zu nehmen) mit den erklärten Vertretern der freimarktwirtschaftlichen Unternehmerinteressen zu einer fortschrittlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammenfinden können? Der Gegensatz ist nicht gelöst, wenn man Herrn Erhardt das Wirtschaftsministerium, Herrn Storch das Arbeitsministerium in die Hand gibt. Wie soll der Gegensatz zwischen den bayerischen Sicherheitswünschen und der liberalen und konservativen Auffassung einer straff zentralisierten Wirtschafts- und Finanzpolitik zum Ausgleich gebracht werden? Etwa durch einen CSU-Finanzminister, der es konfe-

renztisch des Kabinetts neben einem Minister für den europäischen Wiederaufbau (Verwaltung der Marshallhilfe) liberalen Herkommens und zentralistischer Konzeption sitzt?

Die gefährlichere Seite dieser personellen Koalitionspolitik liegt in der Auflösung der Verwaltungseinheit von Materien, die natürlicherweise zusammengehören (wie allgemeine Wirtschaftspolitik und Marshallplan-Administration, Arbeitsbeschaffung und Flüchtlingsverteilung) und in der Trennung von gewachsenen Zusammenhängen staatlicher Aufgaben.

Das Fazit dieser Politik heisst: Schwächung der einzelnen Ressorts durch Ausgliederung zu ihnen gehörender wichtiger Zuständigkeiten. Parallelarbeit und Kompetenzkonflikt zwischen den Ministerien. Blockierung einer straffen, einheitlichen staatlichen Wirtschaftspolitik. Komplizierung der Verwaltung und der Zusammenarbeit im Kabinett und schliesslich Verwässerung der politischen Konzeption der Regierung. Der Ausweg in die Kabinetterweiterung ist ein lebensgefährlicher Irrweg.

Wetterleuchten an der Saar

sp. Das immer wieder zitierte Argument französischer Politiker, die Abtrennung des Saargebietes sei durch ein Plebiszit seiner Bevölkerung begründet, wird durch Beobachtungen an Ort und Stelle eindeutig widerlegt.

Die einzig stichhaltige Tatsache ist, dass sich die Bevölkerung an den Landtagswahlen vor zwei Jahren beteiligte, weil sie glaubte, durch Bekundung ihres demokratischen Willens den ewig scheinenden Hungerzustand beenden zu können. Das Geschäft mit dem Hunger, das damals, inspiriert vom gaullistischen Gouverneur Granval im Verein mit separatistischen deutschen Parteiführern durchgeführt wurde, findet heute seine natürliche Reaktion in einem immer stärker erkennbaren Unwillen der Bevölkerung.

Trotz vieler Dementis will das Gerücht nicht verstummen, dass der französische Hohe Kommissar Granval, die führende Figur in diesem politischen Schacher, vor seiner Abberufung nach Frankreich steht, angeblich, weil er seine Regierung in Unkenntnis über die wahren Vorgänge im Saargebiet gelassen habe. Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei der Saar zeigte sich auf der kürzlich in Neunkirchen stattgefundenen Unterbezirkskonferenz, dass die Opposition gegen die Hauptbefürworter des wirtschaftlichen Anschlusses an Frankreich das bisherige Gefüge der Partei zu sprengen droht. Dem auf der Konferenz anwesenden Oberbürgermeister von Saarbrücken, Zimmer, und anderen prominenten Befürwortern des wirtschaftlichen Anschlusses an Frankreich wurde der Vorwurf gemacht, die grosse Mehrzahl der Parteimitglieder über die Hintergründe der damaligen Abstimmung bewusst getäuscht zu haben. Besonders heftig wurde kritisiert, dass die saarländische Bevölkerung in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung durch einseitige französische Massnahmen (die auch von der saarländischen Regierung übernommen wurden) von Deutschland getrennt worden sei.

Derselbe Vorgang wiederholt sich in der stärksten Partei des Saarlandes, der Christlich-Sozialen Volkspartei. Die katholisch verwurzelten Anhänger dieser Partei haben die Hirtenbriefe des Trierer Bischofs Dr. Bornewasser, der eindeutig auf die Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland hingewiesen hatte, nicht vergessen.

16.9.1949

So wird die Zugehörigkeit der saarländischen Pfarreien zu der Diözese Trier in der letzten Zeit von vielen Pfarrern des Saargebietes besonders hervorgehoben. Das Bild wird abgerundet durch die steigende Oppositionsstimmung innerhalb der Gewerkschaften und auch führender Wirtschaftskreise, die durch das Fehlen des Marktausgleiches mit Deutschland und dem schlechten Absatz der Saarproduktion in Frankreich in aller Öffentlichkeit Klage führen. Diese Erscheinungen sind in Paris nicht unbemerkt geblieben. Die dem Quai d'Orsay nahestehende Zeitung "Le Monde" regt eine Abstimmung unter der Fragestellung "Autonomie oder Rückkehr zu Deutschland" an. Man sollte daraus folgern können, dass den massgebenden Stellen allmählich die Lösung dieses leidigen Problems unter vernünftigeren Aspekten am Herzen liegt.

(b/B.37/159/2/hs)

 Im Namen der Menschlichkeit

J.S. In Niedersachsen ist dieser Tage der Landesflüchtlingsrat gewählt worden, ein im Flüchtlingsgesetz vorgesehenes Organ der Ostvertriebenen zur Kontrolle der Flüchtlingsbürokratie. Die erste Handlung dieses Flüchtlingsrates war ein Schreiben an die Hohen Kommissare, "die Genehmigung für die Einreise der noch in Polen und in polnisch verwalteten Gebieten und in der Tschechoslowakei befindlichen deutschen Staatsangehörigen zu erteilen". Es geht um rund 150.000 Deutsche unter polnischer und etwa ebensoviel unter tschechoslowakischer Verwaltung. Diese Menschen waren aus irgend welchen Gründen von den verschiedenen Aussiedlungsaktionen in den ersten zwei Jahren nach dem Zusammenbruch ausgeschlossen worden, sie leben heute unter Verhältnissen, die zu schildern hier unangebracht wäre. In dem Schreiben des Flüchtlingsrates werden diese Zustände zurückhaltend in einem Nebensatz zusammengefasst; es heisst darin, dass die Verweigerung der Aufnahme "die den Hohen Kommissaren wohlbekannten Lebensverhältnisse der Deutschen in den fraglichen Gebieten noch unerträglicher machen würde". Vor etwa vier Wochen hat das Internationale Rote Kreuz zwischen den Militärgouverneuren und den elf westdeutschen Ministerpräsidenten einerseits und der polnischen und tschechoslowakischen Regierung andererseits wegen Übersiedelung dieser 300.000 Menschen in die Westzonen ein Einverständnis hergestellt. Auch die Aufteilung des zu erwartenden neuen Menschenstroms war grundsätzlich beschlossen.

Alles war klar und das IRK in Warschau hatte schon die ersten Umsiedlertransporte zusammengestellt. Plötzlich legte General Robert-

son sein Veto ein und seinen Ausführungen war zu entnehmen, dass die amerikanische Militärregierung sich diesem Einspruch anschloss.

Die Aktion wurde mit der Begründung abgestoppt, dass man den westdeutschen Ländern nicht zumuten könne, jetzt noch weitere Flüchtlings-

massen zu übernehmen. Die Angelegenheit sei dem Bund zu überlassen. Nun hatten die Ministerpräsidenten damals ihren Beschluss in voller

Kenntnis der westdeutschen Verhältnisse gefasst; dass sie trotzdem, wenn auch schweren Herzens ja sagten, hatte triftige Gründe, die auch

General Robertson nicht unbekannt waren. Aber das spätere Veto des Militärgouverneurs wog schwerer, die bereits zusammengestellten Transporte mussten wieder aufgelöst werden.

Das hat weder die Aktion überflüssig gemacht, noch hat es die Situation der Menschen erleichtert, die davon betroffen waren. Ein

Ansuchen um Aussiedlung bedeutet, dass man mit den Verhältnissen in der alten Heimat nicht mehr zurechtkommen kann. In solchen Bekundun-

gen ist man in volksdemokratischen Staaten besonders empfindlich und es wäre ein Glücksfall, wenn die Menschen, die der alten Heimat aus

zwingenden Gründen den Rücken kehren wollten, nach diesem Entschluss jetzt nicht noch weitere Nachteile hätten. Hinzu kommt, dass der

wachsende Mangel an Arbeitskräften in Polen und in der Tschechoslowakei jede weitere Aussiedlung immer schwieriger gestaltet und die

einmal gegebene Zusage immer mehr bedroht.

Alle Hoffnungen, dass die Militärgouverneure ihr Veto überprüfen würden, schwanden dahin; mit ihnen die Jahreszeit, die für solche

Massentransporte am günstigsten ist. Der Winter naht und damit für die Regierungen, die eine solche Aussiedlung unter Umständen ungern

sehen, die Chance, unter Vorspiegelung von Gründen der Menschlichkeit die Aktion weiter zu verzögern. Sollten sie trotzdem einwilligen,

dann droht die Gefahr, dass die Transporte tatsächlich in die Wintermonate fallen. Das würde zusätzliche Härten für die Menschen bedeuten,

die seit mehr als vier Jahren ein Leben führen, in dem von Menschlichkeit nicht mehr viel die Rede sein kann.

Es ist daher notwendig, dass das Schreiben des Flüchtlingsrates die grösstmögliche Unterstützung findet. Das ist der Fall, wenn der

15.9.1949

umfastet dieses Schreiben zu seinem eigenen erklärt und der Bundesregierung die entsprechenden Direktiven gibt. Möglichst einstimmig

und, was noch nötiger ist, möglichst bald. Diejenigen, die das Veto eingelegt haben, können dann beweisen, dass sie als Hohe Kommissare

weitherziger zu handeln vermögen, denn als Militärgouverneure.

* * *

SED-Einheit über die Technik

sp. Seit Monaten versucht die SED, durch gelenkte Interzonengespräche in Westdeutschland eine Basis für ihre kommunistische Zweckpropa-

ganda zu finden. Diesmal ist es die "technische Intelligenz", die für den kommunistischen Einheitsrummel eingefangen werden soll. Die ostzo-

nale Kammer der Technik, ein Ablager der sowjetdeutschen Wirtschaftskommission, verschickt zur Zeit Einladungen an westdeutsche Ingenieure

und Techniker zu einem "gesamtdeutschen" Treffen am 18. September in Berlin. In den kollegial gehaltenen Einladungen wird kostenloser Auf-

enthalt in Berlin und freie Eisenbahnfahrt für die Rückfahrt versprochen. Man plane eine "kameradschaftliche" Aussprache "unter Ausschaltung

aller weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten" über das Thema: "Die technische Intelligenz und ihre Stellungnahme zu dem Kampf um die

Einheit Deutschland". Außerdem soll den westdeutschen Teilnehmern Gelegenheit gegeben werden, "fortschrittliche" Betriebe der Sowjetzone

kennenzulernen.

Die Absicht hinter dem betont kollegialen Schreiben wird durch den Hinweis gelüftet, dass "die Angehörigen der technischen Intelligenz

aus ihrer Zurückhaltung heraustreten müssten". Neben der Aufnahme politischer Interzonengespräche unter dem Vorwand fachlicher und sachlicher

Diskussion bedeutet das Vorhaben der DWK einen weiteren Schritt auf dem Wege, der mit der Verkündung von Privilegien für die Intelligenz

der Sowjetzone begonnen hat. Durch sowjetische Lebensmittelpakete und sonstige materielle Vergünstigungen soll die Fluchtwalle von Intellek-

tuellen nach dem Westen abgestoppt und andererseits den Technikern in den Westzonen ein Anreiz zur Tätigkeit in der Sowjetunion geboten wer-

den. Nachdem die westdeutsche Intelligenz es bisher ablichtete, ihre Freiheit gegen materielle Vergünstigungen zu verkaufen, versucht man es nunmehr auf dem Umwege über persönliche Kontakte und Tugungen in Berlin.

PRENZLAU - ÜCKERMARK HAUPTQUARTIER DER VOLKSPOLIZEI. -(sp) Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird das Hauptquartier der "Volkspolizei" nach Prenzlau-Ückermark verlegt. Die Bevölkerung der Stadt wird von den Russen nach Neuruppin in alte Kasernen, Baracken und Ställe umgesiedelt. Der bisher im Zustand völliger Zerstörung befindliche Flugplatz wird wieder neu hergerichtet. In Prenzlau erfolgt die Aufstellung der neuen Volkspolizei-Regimenter. Die Stadt wurde wegen ihrer riesigen Kasernenanlagen gewählt. Leiter der Aktion sind General Vincenz Müller und General Staimer, der Schwiegervater von Pieck.